



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiv.eu)welfens@eiiv.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | *Juncker-Abschied innerlich; *EU-interne

Schwächen via BREXIT verstärkt

Junckers Verzichtsankündigung auf 2. Amtszeit vergrößert EU-BREXIT-Krise

Wuppertal, 13. Februar 2017 (*BREXITJunckersAbtrittEIIWwelfens2017*)

Am 25. März feiert die EU 60 Jahre Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit die Gründung der Europäischen Union – allerdings im Schatten der Verhandlungen zum britischen EU-Austritt. In einer solchen Situation ist es politisch höchst unpassend, wenn der Chef der Europäischen Kommission am 11. Februar 2017 erklärt, dass er keine zweite Amtszeit als Kommissionschef anstreben wird. Denn er befürchte, dass im Zuge des BREXIT-Verhandlungsdrucks die EU auseinanderbrechen könnte. Juncker, der schon keine Pro-EU-Rede in London im Vorfeld des BREXIT-Referendums halten wollte, ist offenbar wenig geeignet, die Europäische Union zu führen. Falls Juncker nicht selbst zurück tritt, so wäre es offenbar Aufgabe des Europäischen Parlamentes, entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. In einer Zeit der Herausforderungen kann ein Zauderer die EU nicht führen, und viele notwendige Reformen auch kaum voranbringen.

Zwar kann man Junckers Frustration verstehen, dass verschiedene Regierungen von EU-Ländern oft ohne erkennbare Betonung des Gemeinschaftsinteresses auftreten und dass etwa die stets UK-freundlichen osteuropäischen EU-Länder deutlich von den Interessen Deutschlands und Frankreichs entfernt sind. Aber als Kommissionschef kann man nicht bei Sturm von der Brücke des EU-Staatschiffs gehen. Wenn Frau May in der Nachfolge von Premier Cameron Anfang 2017 betonte, dass sie für einen harten EU-Ausstieg sei und sie im Übrigen wünsche, dass die Europäische Union eine stabile Gemeinschaft bleiben werde, so ist da nicht wenig an Wunschenken zu erkennen. Der BREXIT, der dann für 2019 ansteht, wird durch die Trump-Wahl in den USA erschwert: Denn nicht nur wird die EU28 beim BREXIT rund 1/5 des Realeinkommens verlieren, sondern die Europäische Union hat in der Trump-Administration die erste US-Regierung seit 70 Jahren, die die EU-Integration nicht unterstützt; ja offenbar einen Zerfall der EU wünscht. Da die EU für Frieden, regionalen Freihandel und freien Kapitalverkehr sowie Politikintegration in wichtigen Feldern steht, ist ein EU-Zerfall nicht im Interesse der EU-Länder. Wenn die USA eine EU-Zersetzungspolitik verfolgten, dann wird dies im Übrigen über kurz oder lang zum Zerfallen der Nato führen. Denn die EU-Länder, die fast alle Nato-Mitglieder sind, können sich nicht auf ein Verteidigungsbündnis mit den USA verlassen, wenn diese die EU-Integration selbst zerstören wollen.

Nach den Anti-EU-Verlautbarungen des designierten US-Botschafters bei der EU, Mallock, und den Pro-BREXIT-Äußerungen von Trump kann man seitens der EU-Länder nicht darauf spekulieren, dass ab 2021 ein anderer Präsident als Trump zur traditionellen pro-EU-Politik zurückkehrt. Es gibt seit der Trump-Wahl eine transatlantische Vertrauenskrise in der Sicherheitspolitik. Die EU-Länder können in



Vertretung ihrer Interessen mit Blick auf die Trump-Wahl in den USA nur eine eigene Verteidigungsallianz in Europa aufbauen. Zu den sicherheitspolitischen Verliererländern in der EU dürften zunächst u.a. Polen und die Baltischen Staaten gehören, die sehr auf die Kooperation mit UK in der Europäischen Union und die USA als Sicherheitsgaranten gesetzt haben – und mit dem BREXIT – und der Trump-Wahl sichtbar im Regen stehen. Frankreichs Rolle in der EU27 wird wegen BREXIT und Trump-Wahl aus militärpolitischer Sicht gestärkt und die meisten anderen EU27-Länder werden ihre Rüstungsausgaben wohl um mindestens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen müssen und eine engere supranationale Kooperation in der Verteidigungspolitik erwägen wollen, die laut McKinsey-Analyse auch Effizienzgewinne bringen kann. Das wäre zugleich eine expansive Fiskalpolitik der Eurozone, womit die Überschussposition der Währungsunion um etwa einen halben Prozentpunkt des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone zurückgeht. Mehr gemeinsame EU-Rüstungsforschung wird Teil einer neuen EU-Verteidigungspolitik werden müssen.

Die EU wird sich wohl im Schatten einer USA-Russland-Annäherung dann verstärkt mit Russland arrangieren müssen und dürfte auch eine engere Kooperation mit China und Indien erwägen. Dabei ist gegenüber den USA ein weiterhin positives Signal wichtig, dass man weiter zum Aushandeln eines transatlantischen Freihandelsabkommens – TTIP – bereit ist. Die Länder der EU konnten bislang ohne Politikunion ihre regionale Integration über viele Jahre ausbauen, aber diese Option ist mit BREXIT und Trump-Wahl nicht länger haltbar. Eine Politikunion wird man auf Basis gemeinsamer Interessen wohl am ehesten in der Währungsunion oder in einer Ländergruppe mit weniger als den 19 Euro-Mitgliedsländern realisieren können. Es ist denkbar, dass Griechenland dabei langfristig in der Eurozone bleibt, aber nur, wenn das Land eine neue Verfassung einführt – u.a. mit Sicherung der politischen Unabhängigkeit der Führung des nationalen statistischen Amtes und mit Einführung einer Schuldenbremse; im Gegenzug könnte Griechenland einen bedingten Schuldenschnitt erhalten.

Das Thema Schuldenbremse mit Verankerung in der Verfassung muss für alle Länder der Eurozone auf die Agenda. Denn sonst droht – zumal vor dem Hintergrund Zinserhöhung durch Trumps geplante expansive Fiskalpolitik in den USA – bald eine Wiederauflage der Eurokrise mit steigenden Zinsunterschieden zwischen den Euroländern. Die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus in den EU-Ländern bleibt im Übrigen wichtig, aber da die meisten Terroristen im Internet oder bei privaten Auslandskriegseinsätzen radikalisierte Muslime mit inländischem Pass sind, kommt vor allem der frühen Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosenquote große Bedeutung zu: Im Zweifelsfall vor allem durch stärker regional differenzierte Mindestlöhne; also auch durch eine Abkehr vom hohen französischen Einheits-Mindestlohnsatz von fast 10 € pro Stunde in 2017 – 10 € Mindestlohn in den hochpreisigen Städten Paris, Nizza und Lyon sind vermutlich für ungelernte Jugendliche keine breite Hürde für den erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt, aber in fast allen anderen Regionen ist dies eben anders. Hohe Jugendarbeitslosenzahlen sind ein Nährboden islamistischer Radikalisierung.

Deutschlands erste Hausaufgabe heißt Abbau der enorm hohen Nettoexportquote von 9% in 2016, die volle drei Prozentpunkte über der in der EU vorgegebenen Begrenzung von 6% liegt. Mehrjährige Regelverstöße Deutschlands sind nicht geeignet, dem grundsätzlich vernünftigen Drängen Deutschlands, etwa in der Währungsunion nach Einhalten der Regeln, Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Höhere staatliche Investitionen und eine Senkung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland zur Förderung der Importe und Abschwächung der Exportdynamik sind auf der Maßnahmensseite der Wirtschaftspolitik erwägenswert. Die geplante Fusion der Börse London mit der Börse Frankfurt macht mit Blick auf den BREXIT keinen Sinn und die Europäische Zentralbank hat im Übrigen mit ihren Vorgaben zur Notwendigkeit der Anerkennung von Gerichtsurteilen des Europäischen Gerichtshofes klar gemacht, dass das Londoner Clearing-Geschäft im Derivate-Handel von eurodenominierten Finanzkontrakten ein Auslaufmodell ist. Ausdrücklich hat Premier May Anfang 2017 bekräftigt, dass ihre Regierung einen harten BREXIT wünscht und EuGH-Urteile nicht mehr anzuerkennen wünscht. Man kann sich aus Sicht der Eurozone, beziehungsweise der EU27, kaum vorstellen, dass nach einer Börsenfusion – mit Sitz in London – die Regulierung von Börsenumsätzen der wichtigsten EU-Aktien ab 2019 außerhalb der Europäischen Union erfolgen wird. Die EU ist aufgefordert, eine solide Banken- und Börsenregulierung zu entwickeln, und zwar auch dann, wenn USA und UK erneut groß Deregulierung predigen. Die EU sollte zudem endlich zügig und energisch Freihandel mit Asien voranbringen und die multilaterale Politik via internationale Organisationen gegen Trump verteidigen.

[Aktuelle Analyse](#) **Buch: Welfens, BREXIT aus Versehen**

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) **Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU**, 2017, 401 S.Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 **Auch als eBook (€ 14,99)**

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de